

Halbierter Sozialismus oder: Die politische Theorie des dritten Weges

Im europäischen Kontext ist die Formulierung einer sozialdemokratischen politischen Theorie des dritten Weges als Reaktion auf die konservative Hegemonie in Deutschland und insbesondere in Großbritannien zu bewerten. Die politische Theorie des dritten Weges verbindet Theorieelemente des ökonomischen (Neo-)Liberalismus und des philosophischen Konservatismus mit Werten und Ideen der sozialistischen Theorietradition. Die Kompatibilität dieser theoretisch heterogenen Positionen wird durch die Redefinition von grundlegenden politiktheoretischen Kategorien wie Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Freiheit hergestellt. Gesellschaftliche Interessengegensätze und Machtverhältnisse verschwinden in einem kommunitaristisch inspirierten Diskurs. Die politische Theorie des dritten Weges halbiert das sozialistische Projekt, indem sie es moralisch definiert und Kapitalismuskritik und Systemtranszendenz weitgehend negiert.

1. Einleitung

Die Begriffe „dritter Weg“ und „Politik der neuen Mitte“ gelten im aktuellen politischen Diskurs als Synonym für die Programmatik und Politik der sozialdemokratischen Reformregierungen in Großbritannien und Deutschland. Skeptisch bis distanziert zeigen sich hingegen europäische Sozialdemokratien wie die sozialistisch geführte französische Regierung unter Lionel Jospin dem dritten Weg gegenüber (Bode 1999; Moscovici 1999). Der dritte Weg ist kein neuer politischer Begriff. Die jüngste politische Renaissance des *third way* geht auf die *new democrats* in den Vereinigten Staaten zurück, die mit einem neuen politischen Konzept auf Niederlagen in den Präsidentschaftswahlkämpfen der achtziger Jahre reagierten (Faux 1999). Gemeinsam ist diesen – vor dem jeweiligen politisch-kulturellen Hintergrund höchst unterschiedlich ausgeprägten – Politikformulierungen (Unger 1998) der Versuch einer Neubestimmung (sozial-)liberaler und sozialdemokratischer Politik in Theorie und Praxis nach einer die jeweilige politische Kultur des Landes nachhaltig prägenden Phase konservativer und neoliberaler Hegemonie. In diesem Sinne

trägt die Politik des dritten Weges einen deutlich reaktiven Charakter. Mit dem Begriff des dritten Weges wird im politischen Diskurs eine im Wesentlichen auf angebotsorientierten Elementen basierende Wirtschaftspolitik sowie eine zivilgesellschaftliche Faktoren stärkende Sozial- und Kulturpolitik verbunden, die auf einem nationalen Wertekonsens basieren sollen. Dem gegenüber tritt die Bedeutung (wohlfahrts-)staatlicher Intervention und keynesianischer Wirtschaftssteuerung im Verhältnis zur sozialdemokratischen und sozialistischen Nachkriegstradition zurück. Klassische politische, kulturelle und gesellschaftliche Spaltungen (*cleavages*) werden von TheoretikerInnen des dritten Weges zugunsten einer Dichotomie von Modernismus und Traditionalismus ausgeblendet oder zumindest relativiert. Als theoretischer Bezugsrahmen praktischer Politik sozialdemokratischer Parteien bezeichnet der dritte Weg eine Schnittstelle zwischen legitimierender politischer Programmatik und politischer Theorie. Eine rhetorisch progressive Diskurspolitik suggeriert im Dritte-Weg-Diskurs Dynamik und Innovation, die mit den Kräften gesellschaftlicher Stagnation und alten, scheinbar überholten Denkmustern und Politikmodellen kontrastiert wird. Diese

Politik und politische Programmatik erfuhr durch Wissenschaftler wie insbesondere durch den britischen Soziologen Anthony Giddens eine theoretische Fundierung. Grundlegende gesellschaftliche Fragen wie jene nach Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, nach Staat und Gesellschaft, sozialer und kultureller Bewahrung und Veränderung, werden aufgeworfen und im Rahmen eines konsistenten, logisch strukturierten Gedankengebäudes, das sowohl empirisch-analytisch wie auch normativ-antizipierend verfährt, behandelt. In diesem Sinne bezeichnet der Begriff dritter Weg auch eine politische Theorie.

Ihr gilt – mit einem auf den Diskurs in Großbritannien und Deutschland begrenzten Untersuchungsfokus – im Folgenden die Aufmerksamkeit.

2. Does political theory matter? Politische Theorie als gesellschaftliche Hegemonie

„I have always believed that politics is first and foremost about ideas.“ (Blair 1999, 1)

Der Stellenwert politischer Theorie und Programmatik wird kontrovers diskutiert: Das Ende des bipolaren Weltsystems und der Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus haben zunächst die politische Linke theoretisch erheblich unter Druck gesetzt (Glotz 1992) und in weiterer Folge auch Fragen der politiktheoretischen Relevanz des Konservatismus (Beck 1994) und des Neoliberalismus (Hobsbawm 1998) aufs Tapet gebracht. Das Ende der Geschichte (Fukuyama 1992) schien auf politiktheoretischer Ebene mit einem Ende der Ideologien, des Kampfes rivalisierender Ideen, des ideologisch-programmatischen Diskurses zu korrespondieren (Heywood 1992, 295–299). Doch die Präsenz und analytische Bedeutung von Begriffen wie intellektuelle Hegemonie, Themenführerschaft und *agenda setting* lassen demgegenüber auf die politische Relevanz des Programmatischen schließen. Themen und Inhalte vorzugeben, Begriffe hegemonial zu definieren – letztlich den politischen Diskurs einer Gesellschaft zu dominieren – erfordert mehr als

politische Alltagspragmatik und perfektionierete Vermittlungsformen. Es erfordert ein politisches Projekt, das über eine gewisse programmatische und theoretische Basis verfügt. Um politische Herrschaft längerfristig zu stabilisieren, muss sie nicht nur im institutionellen, sondern auch im geistig-kulturellen Feld verankert werden. In diesem Sinne unterschied bereits Antonio Gramsci zwischen einer Herrschaft im materiellen Sinn und der geistigen, moralischen Führung bzw. Hegemonie: Ein hegemoniales Prinzip triumphiert dann, wenn es ein bislang dominantes besiegt und gleichsam zu seinem Moment gemacht hat. Die politische und moralische Führung eines Landes muss daher nicht notwendigerweise von der legalen Regierung ausgeübt werden (Gramsci 1994, 1250 und 1239). Politische Führung und Hegemonie bedürfen der Verankerung in der kulturellen Dimension, also auch im Ideologischen. „Dauerhafte Herrschaft erfordert also nicht nur Zwang, sondern beinhaltet auch Konsens“ (Kallscheuer 1995, 176), das Vermögen, den *common sense* und damit auch den Diskurs des politischen Gegners zu bestimmen; auf die Verbindung des Kampfes konträrer politischer Projekte mit dem Hegemoniebegriff Gramscis hat Stuart Hall (1998, 9) wohl zu Recht verwiesen. Diese Relevanz des Theoretisch-Programmatischen mag auch dann noch zutreffen, wenn Phänomene wie Personalisierung, Mediatisierung, die demoskopieorientierte Ideenproduktion der *think tanks* (Plehwe/Walpen 1999) auf eine Veränderung der Instrumente der Vermittlung politischer Ideen schließen lassen. In der Tradition des demokratischen Sozialismus sollte das Theoretisch-Programmatische emanzipatorisch und handlungsanleitend auf die politische Praxis wirken, politische Zielvorstellungen konturieren, die über den *status quo* hinausweisen. Auf diese hegemoniale Funktion politischer Theorie rekurrten auch die Strategen des New-Labour-Projektes (Mikfeld 1999, 440). Politische Legitimation und Repräsentation nach außen, Identitätsstärkung im Inneren, die adäquate Positionierung und Dominanz im öffentlichen Diskurs definieren Funktionen politischer Ideen und Programme, die auch nach dem Ende subkultureller Milieus der Theorievermittlung

für sozialistische Parteien relevant sind. Auch in der Mediengesellschaft lohnt der Blick auf das Programmatische (Teló 1998, 42).

3. Dritte Wege – Politik der Synthese

In Norberto Bobbios politischer Typologie des dritten Weges erscheint dieser als Politik der Mitte. Differenziert wird zwischen dem eingeschlossenen Dritten, das gleichsam den Raum zwischen den Gegensätzen auslotet, und dem einschließenden Dritten, das die antagonistischen Pole in der Synthese aufhebt: Ein „Drittes-jenseits“ definiert neues politisches Terrain. Das einschließende Dritte nährt sich vom Gegensatz, es erweist sich als „Doktrin auf der Suche nach einer Praxis, die sich im Augenblick ihrer Anwendung als eine Position der Mitte verwirklicht“ (Bobbio 1994, 19). Dritte Wege bahnten sich bislang viele im Dickicht politischer Theorie. So suchte der Austromarxismus seinen Weg zwischen Bolschewismus und Reformismus, zwischen Zweiter und Dritter Internationaler (Sassoon 1996, 70); zwischen den „Blöcken“ realsozialistischer und kapitalistischer Provenienz positionierten sich in der Nachkriegsordnung viele sogenannte Entwicklungsländer in der Absicht, den Systemantagonismus gleichsam zu transzendieren (Nebelung 1996, 485). Und während auch linke Intellektuelle in West- und Osteuropa jenen dritten Weg jenseits von Realsozialismus und westlichem Kapitalismus finden wollten (Lemke/Marks 1992, 5–7), definierten die Christlich-Sozialen Deutschlands den ihren in Gestalt der „Sozialen Marktwirtschaft“ (Görner 1999, 471): Der dritte Weg beanspruchte stets den mittleren Pfad jenseits der Extreme, die jeweils als diskreditiert dargestellt werden konnten. In der Geschichte sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien Europas war die Idee eines dritten Weges in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von unbestreitbarer Popularität. Die Metapher des dritten Weges als einer eigenständigen Politik zwischen Kommunismus und Kapitalismus, in der die Vorzüge beider Systeme integriert und deren Nachteile vermieden werden könnten, wurde etwa in Deutschland schon bald

artikuliert. Kurt Schuhmacher argumentierte bereits am ersten Nachkriegsparteitag der SPD in diese Richtung: Ein dritter Weg zwischen den Weltmächten sollte gefunden werden; Deutschland sollte in seiner Politik demokratisch und in seiner Ökonomie sozialistisch geformt werden (Huster 1978, 29–30). Erwiesen sich der dritte Weg und der eng damit verbundene Begriff einer Wirtschaftsdemokratie für die SPD zunächst als realpolitischer Kompromiss, so wick diese taktische Positionierung zunehmend der Überzeugung von der Funktionstüchtigkeit eines wohlfahrtsstaatlich modifizierten, keynesianisch-rational gesteuerten Kapitalismus (Schiller 1995, 698). Der dritte Weg der britischen Labour-Party schien hingegen weiter links zu verlaufen. Ein Mittelweg zwischen Sozialismus und Kommunismus sollte gefunden werden; als gleichsam zivilisierte Alternative zwischen den linken Polen, wie Aneurin Bevan, der Labour-Pionier, es 1952 nannte (Morgan 1989, 309). Entstanden aus der politischen Konstellation der Nachkriegsordnung konnte der dritte Weg bis in die siebziger Jahre als Erfolgsrezept europäischer Sozialdemokratien gelten (Tenfelde 1996, 432). Auch nach dem Fall der Berliner Mauer geisterte der Begriff des dritten Weges durch den Diskurs einer westeuropäischen Linken. Die dem sozialistischem System zugeschriebenen Werte wie gesellschaftliche Solidarität und Kollektivismus sollten mit der individuellen Freiheit des marktliberalen Systems verbunden werden (Markovits 1992, 185). Demgegenüber positioniert sich die aktuelle sozialdemokratische Debatte eines dritten Weges nicht mehr in Bezug auf zwei antagonistische politische Systeme; sie kann – mit Anthony Giddens – vielmehr als der (politiktheoretische) Versuch gewertet werden, „über die Sozialdemokratie alten Stils wie den Neoliberalismus hinauszugelangen“ (Giddens 1999, 38).

4. Dritter Weg und neue Mitte

Als das Diktum vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Ralf Dahrendorf) im öffentlichen Diskurs auftauchte und eine Reihe von Niedergangstheorien mit gleichsam objek-

tiven Faktoren (Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, Heterogenisierung von Lebensstilen, Auflösung proletarischer Lebensmilieus etc.) diese These zu stabilisieren schienen (Merkel 1993, 19–57), dachten wohl wenige an eine Reformulierung des sozialdemokratischen Projektes. Die Politik der konservativen Regierungen unter Margret Thatcher und John Major (1979–1997) sowie Helmut Kohl (1982–1998) übten offensichtlich dauerhaft Hegemonie im institutionellen wie im geistigen Sinne aus; die britischen *tories* agierten im öffentlichen Bewusstsein als „natural party of government“ (Schönwälder 1998, 75). Die politischen Konzeptionen des dritten Weges und der neuen Mitte sind kontextuell mit einer Fülle sozioökonomischer und politischer Faktoren zu verknüpfen, die in diesem Rahmen nicht diskutiert werden können (Merkel 1993). Genauso wenig können der Prozess der Modernisierung und programmatischen Neuausrichtung der Labour-Party (Jones 1996; Driver/Martell 1998) und der Oppositionsdiskurs der SPD (Wehr 1998) historisch-chronologisch referiert werden. Hinsichtlich der programmatischen und politiktheoretischen Dimension erscheinen aber drei Prämissen von besonderer Bedeutung zu sein.

1. Die politische Theorie des dritten Weges kann in einem sehr umfassenden Sinne als reaktiv bezeichnet werden. Die Charakterisierung von New Labour als „*Post-Thatcherite*“ (Driver/Martell 1998) bringt dies sehr prägnant zum Ausdruck. Damit ist freilich nicht die Imitation der Politik und Programmatik der konservativen Ära gemeint, sondern der Umstand, dass das New-Labour-Projekt nur aus dem Kontext der Ära Thatcher und als politische Reaktion darauf verstanden werden kann. Dies schließt die partielle Übernahme konservativer und neoliberaler Positionen genauso mit ein wie die bewusste Abgrenzung davon, die zumeist als Redefinition sozialdemokratischer und sozialistischer Theorieelemente formuliert wird. Die Interpretation der Programmatik des New-Labour-Projektes als eine lediglich durch die Hegemonie des Thatcherismus aufgezwungene Programmatik (Novak 1998) greift hier sicherlich zu kurz. Besonders in Deutschland war diese reaktive Komponente

aber nicht auf neoliberale und konservative Politikinhalt beschränkt, sondern ist auch im Hinblick auf die programmatische Herausforderung durch die Ökologiebewegung (Markovits/Gorski 1997) oder durch den Feminismus zu betrachten; ein Phänomen, das Kitschelt (1992, 195) als „left-libertarian challenge“ charakterisiert. Das aktuelle Grundsatzprogramm der SPD, das Berliner Programm von 1989, reflektiert diese Einflüsse sehr deutlich.

2. In einem wesentlich höheren Ausmaß als die deutsche Sozialdemokratie verfügte New Labour zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme über ein klar definiertes politisches Projekt (Martell 1999), das eine politische Theorie im empirisch-analytischen wie im normativen Sinn umfasst. Die Labour-Strategen Peter Mandelson und Roger Liddle haben dieses Projekt in der Oppositionsphase bereits weitgehend ausformuliert. Präsentiert wurde ein sozialökonomisches Modernisierungsprogramm, abgedeckt durch eine kommunitaristisch orientierte Gesellschaftsphilosophie; ein Mittelweg zwischen einer scheinbar marxistisch inspirierten Old Labour Party und den neoliberal orientierten Konservativen, der auf seinen Platz in der sozialistischen Theorietradition insistiert. Fokussiert wird freilich ein ethischer, nicht-marxistischer Sozialismus, der die Labour-Party auf jene theoretische Bahn führen soll, die von der SPD mit dem Programm von Bad Godesberg bereits 1959 beschritten wurde (Mandelsohn/Liddle 1996, 29–30).

3. Die Dominanz einer politischen Theorie des dritten Weges muss als hegemoniales Projekt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und der New Labour Party gewertet werden, dessen jeweilige interne Widerstände nicht übersehen werden sollten. Sowohl in der Labour-Party als auch in der SPD artikulierten sich kritische Stimmen zum neuen politiktheoretischen *mainstream*, die sich insbesondere im Vorwurf zu starker Zuwendung zur politischen Mitte und der Vernachlässigung traditionell sozialdemokratischer/sozialistischer und gewerkschaftlicher Positionen konkretisierten.

In Deutschland wurde diese Spaltung insbesondere anhand der innerparteilichen Positionierung zum Schröder-Blair-Papier deutlich, das die bislang deutlichste diskursive Verbindung zwischen neuer Sozialdemokratie und New Labour markierte. Diese mehr oder minder programmatische Schrift wurde teils mit offener Bewunderung (Hombach 1998, 106–114), teils mit unverhohlener Skepsis (Meyer 1998, 201–215; Grundwertekommission 1999; Klimmt 1999) kommentiert. Nichtsdestoweniger wird mit den sozialdemokratischen Konzeptionen des dritten Weges und der neuen Mitte die Hoffnung verknüpft, die zitierten Untergangstheorien Lügen zu strafen und eine Neubelebung des sozialdemokratischen Zeitalters einleiten zu können (Beck 1998).

5. Die politische Theorie des dritten Weges

Die Analyse der politischen Theorie des dritten Weges orientiert sich an drei Fragestellungen (Kitschelt 1992, 201–202). Aus (wissenschaftlichen) Erkenntnissen über die gesellschaftliche Entwicklung (*what can we know?*) leiten sich programmatische Perspektiven ab, die richtungsweisend und handlungsanleitend fungieren sollen (*what shall we do?*). Der Widerspruch von Theorie und Praxis wird schließlich in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft aufgehoben (*what can we hope for?*).

5.1. Gesellschaftsanalyse oder: *what can we know?*

5.1.1. Globalisierung

Abseits dämonisierender Rhetorik suggeriert die politische Theorie des dritten Weges die Notwendigkeit einer differenzierten Sicht des Globalisierungsprozesses. Ins Blickfeld geraten sollen sowohl die Gefahren und Risiken als auch die mit der weltweiten Vernetzung verbundenen Chancen einer Politikgestaltung im internationalen Kontext. Globalisierung sei in erster Linie als ein Phänomen der Geld- und Finanzmärkte, erst in zweiter Linie als eines der Wa-

renmärkte oder gar der Arbeitsmärkte, in denen das Interregionale dominiere, zu interpretieren, so zeigen sich SkeptikerInnen wie BefürworterInnen von New Labour und neuer Sozialdemokratie einig (Lafontaine/Müller 1998; Giddens 1999, 42–43); eine Verschiebung im Kräfteverhältnis von Ökonomie und Politik erscheint geboten, es müsse mittels politischer Instrumente (z. B. Besteuerung von Spekulationsgewinnen) die Handlungsfähigkeit der Politik zurückgewonnen, eine „Renaissance der Politik“ (Kleinert/Mosdorf 1998) eingeleitet werden. Doch der im Dritte-Weg-Diskurs verwendete Globalisierungsbegriff ist als umfassendes gesellschaftliches Phänomen angelegt: Globalisierung kolonisiere letztlich den menschlichen Alltag, sie sei „Transformation von Raum und Zeit in unserer Lebenswelt“ (Giddens 1999, 43), wie etwa an rasanten Veränderungen und Entwicklungspotenzialen im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien deutlich gemacht werden kann. Als politisches Projekt, das sowohl den freiwilligen Ausschluss am oberen Ende der sozialen Hierarchie als auch den unfreiwilligen an deren unterem Ende verhindern will, verfolgt die politische Theorie des dritten Weges deshalb eine Doppelstrategie: Zum einen werden den dynamischen und flexiblen Teilen der Gesellschaft individuelle Entwicklungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen aufgezeigt, jenen aber, die das vorgegebene Tempo nicht halten können, Adaptionshilfen und soziale und kulturelle Sicherheitsnetze angeboten. Gehe es also einerseits darum, „den arbeitenden Menschen die Fähigkeit zu verleihen, sich an die Veränderungen anzupassen“ (Blair 1997, 164–165) – der Dritte-Weg-Kritiker Jürgen Habermas (1999, 431) spricht in diesem Zusammenhang abschätzig von einem „Fitneßtraining“, das lediglich das Vermögen, sich kompetent am Markt behaupten zu können, vermitteln solle –, so sollen andererseits politische und soziale Institutionen und Instrumente gefördert werden, die neue Unsicherheiten minimieren: ein reformierter Wohlfahrtsstaat, stabile Familienstrukturen und eine effiziente Verbrechensbekämpfung sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Anthony Giddens versucht diese Dialektik aus Bewah-

rung und Veränderung mit dem Verlust zweier zentraler Kategorien menschlicher und gesellschaftlicher Orientierung zu erklären: Das Phänomen der Globalisierung erzeuge eine posttraditionale Welt, in der alte Gewissheiten und Sicherungsinstanzen verlorengegangen wären – Giddens (1997, 13) nennt das Ende der Natur und das Ende der Tradition, befördert durch die „ungezügelter Herrschaft des Marktes“ – und es signalisiere den Verlust von stabilen Rahmenbedingungen, die bislang menschliches Handeln strukturiert hätten. Giddens formuliert im Anschluss an diese Analyse das Konzept eines philosophischen Konservatismus, der soziale Werte und Sicherheiten bewahrt und gleichsam kompensatorisch den sozioökonomischen Wandel für das verunsicherte Individuum dosiert; gleichzeitig gibt er dem Reflexiven und der Kontinuität Raum, auch im Hinblick auf die menschliche Nutzung der Natur.

5.1.2. Zwischen Neoliberalismus und alter Sozialdemokratie

„Some things the Conservatives got right. We will not change them. It is where they got things wrong that we will make change.“ (Labour Party Manifesto 1997)

Die politische Theorie des dritten Weges bezieht sich negativ-abgrenzend auf jene beiden konkurrierenden politischen Strömungen, die – gemäß ihrer Analyse – an den Herausforderungen von Globalisierung und posttraditionaler Gesellschaft scheitern: der Neoliberalismus und das keynesianische Modell der alten Sozialdemokratie. Die Kritik am Neoliberalismus verbindet die moralische Gegnerschaft zu einem als asozial bewerteten Individualismus im politisch-polemischen Diskurs mit der Analyse seiner inneren Widersprüche in der politischen Theorie. Für Tony Blair verkörperte die neoliberale Rechte nicht nur eine grundlegende Gefahr für den sozialen Zusammenhalt der Nation; durch ihre Handlungsunfähigkeit in gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Erziehung und Soziales gefährde sie deren Zukunft (Blair 1999, 6) – eine tiefgreifende „Entfremdung“ zwischen „Regierenden und Regierten“ (Wahlprogramm 1998, 9) habe deshalb die konserva-

tive Ära geprägt, wie auch die deutschen SozialdemokratInnen feststellen. Korrespondierend damit erscheint der Neoliberalismus auf der Ebene der politischen Theorie in einem unauflösbaren Widerspruch: Denn die von ihm freigesetzten Marktdynamiken zerstörten genau jene sozialen Strukturen, auf die er im moralischen und sozialen Bereich setze. Daraus resultiere eine Spannung aus traditionellem Konservatismus und Marktliberalismus, wie Anthony Giddens (1997, 29) hervorstreicht:

„Einerseits wendet sich der Neoliberalismus gegen die Tradition und gehört sogar zu den wichtigsten Faktoren, die durch die Förderung von Marktkräften und aggressiv individualistischen Einstellungen allenthalben die Tradition wegfegen. Andererseits ist er auf die Tradition angewiesen, will er die eigene Legitimität und – im Bereich des Nationalen, der Religion, der Geschlechterrollen und der Familie – die Beziehung zum Konservatismus nicht aufs Spiel setzen.“

Die Abgrenzung zur (alten) Sozialdemokratie erfolgt in erster Linie reaktiv in Bezug auf politische *images*, die sich gegenüber der Partei insbesondere in der konservativen Ära stabilisierten: Staatsgläubigkeit und Kollektivismus, soziale Umverteilung und eine *tax-and-spend*-Strategie werden im Dritte-Weg-Diskurs durch eine moderne politische Rhetorik und durch die Emphase für (unternehmerische) Eigeninitiative und soziale Verantwortung kontrastiert. Partnerschaftliche Modelle zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sollen entwickelt werden (Blair 1997, 75–81 und 157), ohne auf grundlegende Werte wie soziale Gerechtigkeit politisch-konzeptiv zu verzichten. Exemplarisch zeigt sich dies an der Konzeption eines reformierten Sozialstaates. Im Kontrast zum Neoliberalismus soll der Sozialstaat nicht auf eine Residualgröße reduziert, sondern grundlegend im Sinne eines Systems „positiver Wohlfahrt“ reformiert werden. Habe das traditionelle Modell der sozialen Sicherung unter den Bedingungen einfacher Modernisierung (männlich dominierte Erwerbstätigkeit, patriarchal strukturierte Familie, hohe Relevanz nationalstaatlicher Grenzen etc.) noch über eine gewisse Plausibilität verfügt, so hätten veränderte sozioökonomische Rahmenbedingungen die Schattenseiten jenes Modells deutlich hervortreten lassen.

Rhetorisch konnotieren nicht mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mit dem Begriff des Wohlfahrtsstaates, sondern Bürokratisierung, ziellose Umverteilung und soziale Abhängigkeit: der Wohlfahrtsstaat erscheine den BürgerInnen „im Zeichen des Verlusts arbeitsweltlich fundierter Solidaritätserfahrungen“ als „lästiger Steuerstaat“ (Kleinert/Mosdorf 1998, 230). Positive Wohlfahrt bedeute demgegenüber nicht, durch mehr Ressourceneinsatz, sondern durch zielgerichtete Mittelverteilung soziale Gerechtigkeit herzustellen. Es gilt, ein System zu sichern, das nicht nur bereits eingetretene Folgen bekämpfe, sondern präventiv wirke (Giddens 1997, 207–214), das Wohlfahrtsstaatlichkeit nicht abschaffe, aber soziale Verantwortung in stärkerem Ausmaß als gesellschaftliches Projekt definiere: die „bürgergesellschaftliche Umorganisation von Sozialstaatlichkeit“ weise einen dritten Weg „(v)om Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft“ als „Projekt der Erneuerung des Sozialen im 21. Jahrhundert“ (Kleinert/Mosdorf 1998, 33–34).

5.2. Die Neuerfindung des Sozialismus oder: *what shall we do?*

„Viel zu lange haben die Konservativen definiert, was ein demokratischer Sozialist ist. Es ist hoch an der Zeit, daß wir unseren Sozialismus selbst definieren.“ (Blair 1997, 78)

5.2.1. Ziele und Mittel

Die politische Theorie des dritten Weges integriert Positionen des Neoliberalismus wie die Förderung privatwirtschaftlichen Wettbewerbs und des Konservatismus – das Bekenntnis zur Lebensform der Familie als Garant sozialer Stabilität sei erwähnt – und relativiert klassische Theorieinhalte des demokratischen Sozialismus wie die Betonung der Notwendigkeit öffentlichen Eigentums. Dem daraus resultierenden Dilemma, eine politiktheoretische Positionierung dennoch in der Theorietradition des Sozialismus vorzunehmen, wird vorrangig durch eine Neubestimmung des Verhältnisses von Zielen und Mitteln begegnet. Denn während die

Mittel zur Erreichung sozialistischer Ideen diskreditiert wären, seien die Ziele und Werte keinesfalls obsolet, „weil einige von ihnen notwendigerweise zum guten Leben gehören, das zu ermöglichen Sinn und Zweck des sozialen und ökonomischen Fortschritts ist“, wie Anthony Giddens (1999, 11) ausführt. Die Herausforderung bestehe nun darin, diesen Werten Geltung zu verschaffen, obwohl sich das ökonomische System des Sozialismus diskreditiert habe. Scheint Anthony Giddens dabei vor allem an den Zusammenbruch der „osteuropäischen Kommandoökonomien“ (Robert Kurz) gedacht zu haben, erscheint die Denkfigur der Neubestimmung der Relation von Zielen und Mitteln bei Blair in erster Linie der Abgrenzung gegenüber Old Labour zu dienen. Denn erst durch die programmatische Neuorientierung habe Labour zu seinen eigentlichen Wertvorstellungen zurückgefunden und einen historischen Positionswandel vollzogen, der „von dem schrecklichen Druck“ befreie, „Methoden und Ziele miteinander zu verwechseln“ (Blair 1997, 14). Die Methoden, nicht die Werte und Ideen müssten also neu bestimmt werden, um sozialistische Zielvorstellungen zu realisieren (Driver/Martell 1998, 17). Diese Neubestimmung des Verhältnisses von Zielen und Mitteln kann – sowohl was die deutsche Sozialdemokratie (Meyer 1999) als auch was die Labour Party betrifft (Jones 1996) – in eine Theorietradition des sozialistischen Revisionismus und des ethischen Sozialismus eingeordnet werden. Es lohnt sich jedoch, diese Werte genauer zu besehen. Denn während der Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie Thomas Meyer – ein Skeptiker der Theorie des dritten Weges – betont, dass sozialdemokratisch motivierte Veränderungen in Staat und Gesellschaft „der Mehrung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft dienen“ müssten (Meyer 1998, 45) – und er damit „klassische“ Werte hervorhebt, definiert Tony Blair einen davon deutlich unterscheidbaren Wertekanon einer progressiven Linken: Gleichwertigkeit, Chancengleichheit, Verantwortung und Gemeinschaft statt „abstrakter Gleichheit“, Staatsgläubigkeit und soziale Rechte und Ansprüche ohne Pflichten (Blair 1999, 3–4).

5.2.2. Moderne und Modernisierung

Dem Projekt der Moderne und einem Prozess gesellschaftlicher Modernisierung zeigt sich der Dritte-Weg-Diskurs in mehrfacher Hinsicht verbunden. Die Identifizierung mit dem aufklärerischen Projekt der Moderne sichert eine gewisse programmatische Kontinuität und politische Identität, die Werte wie Chancengleichheit, Freiheit und gesellschaftliche Solidarität umfasse, deren Aktualität nicht bestritten werden könne, zumal sie „der Lehre des Neoliberalismus diametral“ entgegenstünden (Lafontaine/Müller 1998, 15): das Projekt der Moderne erweise sich gar als Maßstab, an dem zu bewerten sei, welche politischen Ergebnisse gesellschaftlich erwünscht und welche unerwünscht seien (Grundwertekommission 1999). Auch die Giddenssche Analyse der Ablösung der ersten Moderne und des Prozesses einfacher Modernisierung durch eine zweite Moderne und reflexive Modernisierung (Beck et al. 1996; Giddens 1997, 118–127) impliziert keineswegs politische Positionierungen im Sinne einer Gegenmoderne, sondern im Gegenteil die Reflexion über „Brüche und Grenzen des Modernisierungsprozesses“ (Giddens 1999, 83) mittels kritischem, aufklärerischem Denken. Das Projekt der Moderne ist also nicht obsolet, sondern es muss sich neu legitimieren. Doch Moderne und Modernisierung dienen nicht nur der historischen Kontinuität, sondern auch der bewussten Überwindung von Tradition. Modernität erfüllt in der politischen Theorie des dritten Weges die Funktion einer diffusen Ziel- und Mittelbestimmung, in der sich klassische Dichotomien auflösen sollen. So werden gewerkschaftliche Positionierungen innerhalb der Sozialdemokratie als traditionell dargestellt, während die Absage an historisch kontinuierte Theorieinhalte modern erscheinen soll. Konsequenterweise evozierten Passagen des sogenannten Schröder-Blair-Papiers, in denen Modernisierung offenkundig ökonomistisch verkürzt und flexible Märkte als „modernes sozialdemokratisches Ziel“ definiert wurden (Schröder/Blair 1999, 892) gewerkschaftliche Kritik. Eine „Denunziation sozialstaatlicher Elemente“ korrespondiere hier mit der Emphase für Modernisierungsgewinner-

Innen und erfolgreiche MarktteilnehmerInnen, die sich aus der „kollektiven Vorsorge“ verabschiedeten (Hensche 1999, 474). In Folge davon fungieren begrifflich noch unbestimmtere Formen von Modernität und Modernisierung als diskursiv-atmosphärische Vokabel, die Assoziationsketten auslösen und Konnotationen erzeugen sollen, die politiktheoretisch unbestimmt bleiben: Modernisierung wird als Prozess beschrieben, der quasi naturgemäß abläuft, zu dem es keine Alternative gibt, der mit einer Reihe von Schlagworten flankiert wird, denen sich kein vernünftiger Mensch verschließen kann (Ross 1999).

5.2.3. Gemeinschaft und Individuum: Rechte und Pflichten

„Wir wollen eine Gesellschaft, die erfolgreiche Unternehmer ebenso bestätigt wie erfolgreiche Künstler und Fußballspieler und die Kreativität in allen Lebensbereichen zu schätzen weiß.“ (Schröder/Blair 1999, 890)

Die intellektuelle Herausforderung für eine politische Theorie jenseits von (altem) Sozialismus und Neoliberalismus besteht darin, eine in sich klar strukturierte Programmatik zu entwerfen, die bei gleichzeitiger Befürwortung des kapitalistischen Systems den radikalen Marktindividualismus zurückweist und gemeinschaftsbildende Faktoren betont. New Labour bezieht seine Impulse aus der politischen Philosophie des Kommunitarismus (Driver/Martell 1997). Die Gemeinschaftlichkeit definiert sich hier nicht durch Klassensolidarität oder staatliche Umverteilungsmaßnahmen, sondern durch das Bekenntnis zu einer durch gemeinsame Interessen verbundenen Gesellschaft. Die „stakeholder society“ (Blair 1997, 350–376), also die „moderne Teilhabergesellschaft“ (Wahlprogramm 1998), fungiert quasi als partnerschaftliches, sozial konsensuelles *one-nation*-Modell und somit als Kontrast zur antagonistischen Klassengesellschaft. In ihr übernimmt die Zivilgesellschaft moralische und soziale Verantwortung und politische Kompetenz zu Lasten eines anonymen, Abhängigkeit evozierenden Sozialstaats (Blair 1999, 14; Giddens 1999, 95). Lokale Solidaritätsformen, gemeinschaftsorientierte Sozialprojekte und private Initiati-

ven sollen den mit Ansprüchen überfrachteten Sozialstaat entlasten. Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft definiert sich in der Zivilgesellschaft durch die Reziprozität von Rechten und Pflichten, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden. Es gilt, ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln, das etwa Jugendliche in – auf Freiwilligkeit basierenden – Bürgerdiensten lernen sollten (Blair 1997, 291–293). Die Basis des Sozialen werde dem gemäß künftig stärker im lebensweltlichen Bereich liegen:

„Nachbarschaftliche Hilfe, soziale Betreuungsdienste durch lokale Träger, die gemeinschaftsbildende Kraft bürgergesellschaftlichen Engagements in Vereinen, Verbänden, Projektgruppen, Bürgerinitiativen – all diese Kräfte, die jenseits marktorientierter Nutzenkalküle im weitesten Sinne als Kräfte der Gemeinschaftsbildung identifiziert werden können, bilden die Grundlage für eine Kultur der Solidarität in der Gesellschaft von morgen.“ (Kleinert/Mosdorf 1998, 231)

Ansprüche an die Gemeinschaft sind mit Verpflichtungen gegenüber dem Kollektiv verbunden, der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung also etwa mit der Verpflichtung zur aktiven Arbeitssuche. Schließlich sei jeder Job, so Bodo Hombach (1998, 200), besser als keiner. Es gelte, eine „neue Balance von sichernden Rechten und aktivierenden Pflichten“ herzustellen (ebd., 197). Der gerade in der sozialistischen Theorietradition ausgesprochen komplexe Arbeitsbegriff wird hier auf ein simples Vertragsmodell zwischen Gesellschaft und Individuum reduziert, das jede qualitative Dimension der Erwerbsarbeit ausblendet. Durch die Betonung von Arbeit als Pflicht des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft befürchten Kritiker des dritten Weges sozialen Autoritarismus (Painter 1999) und die Remoralisierung der Arbeitsethik (Hall 1998, 12). Eine politische Theorie und eine praktische Politik, die fortwährend moralische Urteile fällten, gerieten in Gefahr, soziale Exklusionstendenzen gegenüber jenen zu fördern, die sich in das gesellschaftliche System von *community* und *one-nation* nicht integrieren könnten oder wollten. Blairs Vision der „jungen Nation“ wäre folglich „keine Vision für jedermann“ (Martell 1999).

5.2.4. Redefinitionen: Gleichheit als Inklusion – Gerechtigkeit als Fairness – Freiheit als Autonomie

Am Gleichheitsbegriff lässt sich die These von der Redefinition sozialistischer Wertvorstellungen in der politischen Theorie des dritten Weges besonders deutlich zeigen. Hatte in der sozialistischen Tradition die Idee gesellschaftlicher Egalität eine Kernbedeutung, die im Wesentlichen auf einem System der materiellen Verteilungsgerechtigkeit basierte, bedeutet Gleichheit nun in erster Linie Chancengleichheit – am prägnantesten auf den Punkt gebracht in der Formulierung, es gehe gesellschaftlich um „Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis“ (Hombach 1998, 12). Bringt Tony Blair diesen Ansatz noch mit dem weitgehend unkritisch verwendeten Begriff der Meritokratie in Verbindung (Blair 1997, 256), so argumentiert Anthony Giddens hier deutlich differenzierter. Denn ein ausschließlich meritokratisches System könnte – angesichts offenkundig vorhandener unterschiedlicher individueller Fähigkeiten – auch sozial destabilisierende Wirkungen entfalten und soziale Ungleichheiten durch die (beispielsweise familiäre) Weitergabe von ökonomischen Vorteilen verfestigen. Favorisiert wird deshalb von Giddens ein Modell sozialer Inklusion, das alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichermaßen integrieren soll. Das Gleichheitspostulat bezeichnet in diesem Kontext eine graduelle Abnahme von Ungleichheit, die mit unterschiedlich dosierten Strategien realisiert werden soll: Die Stärkung der Gleichheit zwischen den Geschlechtern im Modell der „demokratischen Familie“, die Beteiligung von ArbeitnehmerInnen am Unternehmenskapital und die Verbesserung von Bildung und Ausbildung sollen unverzichtbare sozialstaatliche Umverteilungsmaßnahmen unterstützen:

„Eine inklusive Gesellschaft muß die Grundbedürfnisse derer befriedigen, die nicht arbeiten können, und sie muß der großen Vielfalt von Möglichkeiten, die das Leben bietet, Rechnung tragen.“ (Giddens 1999, 129)

Zentral ist aber, dass der Begriff der Gleichheit gleichermaßen relativiert und redefiniert wird. Korrespondierend damit ist auch der Be-

griff der sozialen Gerechtigkeit – immerhin ein „Hauptanliegen der Politik des dritten Weges“ (Giddens 1999, 81) – nicht vorrangig mit individuellen Ansprüchen auf Transferzahlungen gegenüber dem (staatlichen) Kollektiv verbunden. Soziale Gerechtigkeit bedeutet die Chance auf einen Platz in der Gemeinschaft, der – wie gezeigt wurde – an die Erfüllung sozialer und moralischer Pflichten gekoppelt ist. Wird Gleichheit als Inklusion interpretiert, so erscheint Gerechtigkeit als Fairness (Hombach 1998, 14; Blair 1997, 67–69). Dieses partnerschaftliche Modell prägt auch die in der sozialistischen Theorie bislang essenzielle internationale Solidarität. Sie erscheint nun als „Lebensstilabkommen“ zwischen Arm und Reich (Giddens 1997, 264) und verbindet materielle Verteilungsgerechtigkeit mit ökologischen und lebensphilosophischen Facetten. In der Retrospektive wird hingegen das Programm der „alten“ Linken gar zur „autoritäre(n) Gerechtigkeitsutopie“, an deren Stelle ein „sozial verantwortlicher Individualismus“ und ein „Ausgleich von Freiheit und Solidarität“ treten sollen (Kleinert/Mosdorf 1998, 249). Unmittelbar auf den Gedanken der solidarischen Gemeinschaft bezogen erscheint individuelle Freiheit als Wert, der sich aus dieser entwickeln soll. Die politische Theorie des dritten Weges kontrastiert ihren Freiheitsbegriff mit jenem des Neoliberalismus; da dieser Freiheit als Konkurrenz individueller MarktteilnehmerInnen interpretiere, sollte Freiheit „für Sozialdemokraten selbstbestimmtes Handeln bedeuten, das seinerseits das gesellschaftliche Umfeld einbeziehen muß“ (Giddens 1999, 81). Die vorgebrachte Kritik am angeblich fehlenden Freiheitsbegriff in der Theorie des dritten Weges (Dahrendorf 1999) bezieht sich leider fast ausschließlich auf das theoretisch wenig ergiebige Schröder-Blair-Papier.

Freiheit bedeutet in der Theorie des dritten Weges Abwesenheit von Zwängen – von der Tradition und den Fesseln der Vergangenheit, von politischer Willkür und materieller Deprivation. Sie bedeutet aber auch die Steigerung der Autonomie des Handelns im Rahmen einer „Politik der Lebenschancen“ (Giddens 1997, 132), durch die Freiheit theoretisch mit

(Chancen-)Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit versöhnt werden soll.

5.2.5. Jenseits von Links und Rechts?

„(T)he third way also marks a third way within the Left.“ (Blair 1999, 1)

Das politisch Widersprüchliche miteinander zu verbinden und in der Synthese aufzuheben, erfordert es, traditionelle Kategorien des Politischen zu transzendieren. Sollen Grundprinzipien eines ökonomischen Liberalismus und des philosophischen Konservatismus rezipiert werden und die Spannung zwischen Kategorien wie Freiheit und Gleichheit, individuelle Autonomie und kollektive Verantwortung im Rahmen einer konsistenten politischen Theorie gehalten werden, ist die Dichotomie von Links und Rechts im Sinne einer Redefinition gefordert. Den Texten der Theoretiker des dritten Weges sind hier unterschiedliche, teils widersprüchliche Strategien zu entnehmen. Denn zum einen wird die Relevanz traditioneller Politikerkategorien entweder relativiert oder entschieden in Abrede gestellt. Tony Blair (1997, 161) fordert etwa, dass ein „ideologische Grenzen von rechts und links überschreitender gesünder Ideenwettbewerb“ stattfinden solle. Die redundant eingeforderte Rückkehr zu den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft (Hombach 1998, 14 und 49) im Rahmen eines Modells Deutschland, das wir uns „als einen dritten Weg zwischen den Ideologien“ (ebd., 25) vorstellen sollen, reflektiert offenkundig den Wunsch nach dem politisch Neuen. Es korrespondiert bei Hombach mit der grundsätzlichen Denunziation des Theoretischen und Programmatischen als realitätsferne Ideologie (Hombach 1998, 21). Im Widerspruch dazu wird die Positionierung des dritten Weges in einer Theorietradition der politischen Linken immer wieder hervorgehoben. Mit der Verbindung aus Sozialismus und Liberalismus, der Emphase für sozialistische Werte und für den Sozialismus als moralisches Projekt scheint eine Tradition des sozialistischen Revisionismus wieder hergestellt zu sein, die seitens der SPD bereits seit dem Bad Godesberger Programm von 1959 verfolgt worden sei (Meyer 1999, 295–297). In dieser Tradition sieht

sich auch die Labour-Party seit der Streichung der Verstaatlichungsklausel (*clause four*) aus den Parteistatuten im Jahr 1995 (Driver/Martell 1998, 26) und der schrittweisen Zurückdrängung des Einflusses der Gewerkschaften theoriegeschichtlich adäquat platziert. Der dritte Weg wird als Weg „links von der Mitte“ definiert, auch wenn dies mit Politikinhalt kombiniert wird, die nicht oder nur partiell mit einer theoriegeschichtlich fundierten Begründung als „links“ qualifiziert werden können. Genannt sei in diesem Zusammenhang etwa die „angebotsorientierte Agenda für die Linke“ (Schröder/Blair 1999, 890) oder die reichlich unbestimmte Behauptung, das Merkmal linker Politik sei Fairness „gegenüber denen, die Hilfe brauchen, aber auch gegenüber denen, die diese Hilfe leisten sollen“ (Hombach 1998, 198).

Auch der Hinweis, wonach der Grundgedanke der Linken die Erkenntnis wäre, dass wir „nicht als isolierte Einzelwesen existieren, sondern Mitglieder einer Gesellschaft sind“ (Blair 1997, 269) ließe sich wohl problemlos in die unterschiedlichsten Theorietraditionen integrieren.

Am konsequentesten hat wohl Anthony Giddens – freilich in Anlehnung an Norberto Bobbio (1994) – die verbleibende Relevanz der politischen Links-Rechts-Dichotomie zu definieren versucht. Neben dem Eintreten für soziale Gerechtigkeit und der Solidarität mit den Machtlosen, sei es vor allem der Wert der Gleichheit, der noch eine entscheidende Trennlinie zwischen Links und Rechts markiere. Denn ohne Zweifel finde sich die Rechte eher als die Linke mit dem Vorhandensein von Ungleichheiten ab (Giddens 1997, 59). Gerade diese Redefinition des Linken zu einer politischen Residualgröße hat Kritik an der Konzeption des dritten Weges hervorgerufen. Der dritte Weg sei lediglich ein Kompromiss, der die Linke näher an die Rechte heranrücken lasse und diesen Adaptionsvorgang diskurspolitisch verschleierte (Faux 1999, 944–945). Als ein Konzept gesellschaftlicher Veränderung und Modernisierung, das seine Kollisionspunkte mit herrschenden Interessenstrukturen nicht klar bezeichnet, charakterisiert Stuart Hall (1998, 10) den dritten Weg.

5.3. Kritik und Utopie am Ende: what can we hope for?

„Die Vorrechte der herrschenden Klasse zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen (,) das war und das ist der Sinn des Sozialismus.“ (SPD-Grundsatzprogramm Bad Godesberg 1959)

„Wir sind keine Einzelwesen, die isoliert voneinander der Ewigkeit ins Angesicht schauen, sondern Mitglieder derselben Familie, derselben Gemeinschaft, derselben menschlichen Rasse. Das ist mein Sozialismus.“ (Blair 1997, 88)

Der politische Diskurs über einen dritten Weg verhält sich, wie gezeigt werden konnte, widersprüchlich zur Theorietradition des demokratischen Sozialismus. Wird einerseits die Kontinuität betont und insbesondere ein Bezug zu verschiedenen Werten und Ideen sozialistischer Theoriebildung hergestellt, so erscheint andererseits die „alte“ Linke als Kontrastbild zum neuen, modernen sozialdemokratischen Projekt. Traditionelle Vorstellungen von Sozialstaatlichkeit, materieller Umverteilung und von der klassischen Bündnisstruktur zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden ausgesprochen negativ konnotiert und fungieren als Synonym für gedankliche Unbeweglichkeit und gesellschaftliche Stagnation, für konservatives Insistieren auf dem vermeintlich Altbewährten und letztlich aussichtslose Resistenz gegen quasi übermächtige sozioökonomische Dynamisierungstendenzen.

Ähnlich wie die Redefinition und Relativierung der Links-Rechts-Dichotomie erfährt auch der Sozialismusbegriff eine Neubewertung, die von den TheoretikerInnen des dritten Weges nicht als Bruch mit der Theorietradition, sondern als Rückkehr zu ihren wesentlichen Inhalten interpretiert wird. Kern der diesbezüglichen Argumentationsmuster bildet jene Neubestimmung von Zielen und Mitteln (vgl. 5.2.), die klassische Politikinhalt der traditionellen Linken wie den Gedanken eines *public ownership*, der in der Labour-Party jahrzehntelang zum Kernbestand sozialistischer Theorie und Programmatik zählte (Jones 1989; 1996), zu historisch falsifizierbaren Mitteln erklärt, die zur Erreichung der „eigentlichen“ sozialisti-

schen Zielvorstellungen geändert werden müssten. Letztlich habe nur mehr die ethische Basis des Sozialismus Bestand, denn dieser beruhe vorrangig auf der „moralischen Behauptung“ der gegenseitigen Abhängigkeit aller Menschen, die Verpflichtungen gegen sich wie gegen andere Menschen hätten. Sozialismus basiere auf der „objektive(n) Grundlage“, dass „die einzelnen nur prosperieren können, wenn sie sich ihrer gegenseitigen Abhängigkeit bewusst sind, weil das Wohl des einzelnen immer vom Wohl der Allgemeinheit abhängt“ (Blair 1997, 36). KritikerInnen haben diesen eingeschränkten Sozialismusbegriff in Frage gestellt. Denn die moralisch artikulierte Kritik am Kapitalismus war, so die Argumentation, untrennbar mit dessen ökonomischer Analyse verknüpft; und daraus folgte schließlich die Perspektive einer in ökonomischer, sozialer und moralischer Hinsicht überlegenen Alternative zum kapitalistischen System (Jones 1989, 7). Im Kontext theoriegeschichtlich fundierter Sozialismusdefinitionen haben diese Kritikpunkte am dritten Weg ihre Berechtigung. Denn neben der Orientierung an sozialistischen Werten und Zielvorstellungen waren sowohl die Kritik am kapitalistischen System als deren praktisch gewordene radikale Negation als auch das Versprechen der Aufhebung sozialer und ökonomischer Antagonismen im Rahmen eines emanzipatorischen Projektes Wesensbestandteil des Sozialismus (Schiller 1995, 695; Frietzsch 1996, 3).

In diesem Sinne bricht die politische Theorie des dritten Weges partiell auch mit dem sozialistischen Revisionismus im Sinne des immer wieder zur Stützung der Kontinuitätsthese bemühten SPD-Programms von Bad Godesberg 1959, das noch ausgesprochen kapitalismuskritische Passagen enthält (Hofmann 1999). Sozialismus bedeutete – bei aller Unterschiedlichkeit historischer Ausprägungen – auf der Analyseebene den Bezug auf gesellschaftliche Widersprüche und politische Machtstrukturen sowie die Perspektive ihrer Auflösung in einer egalitären Gesellschaft. Die politische Theorie des dritten Weges konserviert sozialistische Theorieelemente auf der semantischen Ebene, ohne deren Einlösung konkret zu diskutieren. Nicht

Systemtranszendenz, sondern eine politische Alternative „im Rahmen des utopischen Realismus“ (Giddens 1997, 256) wird daher konsequenterweise in Aussicht gestellt. Ein rhetorischer Mittelweg erscheint auch hier auf der Bildfläche, der das Gegensätzliche in einer paradoxen Begriffsbildung verbindet und politisch unbestimmt belässt. Politische Utopien werden als „Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften“ definiert, die sich „durch eine präzise Kritik bestehender Institutionen und sozio-politischer Verhältnisse“ auszeichnen, denen sie „eine durchdachte und rational nachvollziehbare Alternative“ gegenüberstellen (Saage 1991, 2–3). In diesem Sinn haftet der politischen Theorie des dritten Weges wenig Utopisches an. Eine Moderne, deren universalistische Versprechungen – Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie – an nationalstaatlichen Grenzen brechen, bezeichnete Ulrich Beck (1993) als „halbierte Moderne“. Die Versprechungen der politischen Theorie des dritten Weges brechen an den Grenzen der Systemimmanenz. Werte und Ideale wie Gleichheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit werden theoretisch relativiert, neubestimmt und zu graduellen Zielgrößen reduziert. Transzendenz und Antizipation als Bestandteile sozialistischer Theorie erscheinen obsolet.

Mit der weitgehenden Negation der politiktheoretischen Grundbegriffe Macht, Interessen und Eigentum bleibt das Sozialistische nur mehr auf der Werteebene präsent, während der – bislang komplementär gedachte – sozio-ökonomische Teil des Projektes als historisch diskreditiert zurückgewiesen wird. Die politische Theorie des dritten Weges kontiniert und redefiniert sozialistische Werte gleichermaßen; sie weist jedoch das theoriegeschichtliche Programm ihrer Umsetzung zurück. Sie ist kein Projekt jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, sondern der Versuch, sozialistische Theorieelemente im Rahmen des kapitalistischen Systems durch Neubestimmung zu konservieren; sie ist weder der eigentliche und wahre Sozialismus im Sinne des sozialistischen Revisionismus noch der sozialliberal verpackte Neoliberalismus. Der dritte Weg ist der theoriegeschichtlich halbierte Sozialismus.

6. Resümee

Der Prozess der Globalisierung und eine Reihe damit verknüpfter Faktoren (Krise des Wohlfahrtsstaates, ökologische Krise etc.) haben das Politikmodell des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ unter Druck gesetzt. Die politische Theorie des dritten Weges verfährt – bedingt durch die notwendige Integration höchst heterogener Theorieelemente – eklektizistisch. Sie reagiert auf die Herausforderungen durch Konservatismus und Neoliberalismus mit einer partiellen Rezeption hegemonialer Denkmuster und Ideen. In diesem Sinn kann die politische Theorie des dritten Weges als (neo-)liberal im Sinne des ökonomischen Programms und als konservativ im Sinne einer auf tradierten Werten basierenden Gesellschaftsphilosophie bezeichnet werden. Sie verbindet dies mit einer Redefinition von Grundwerten des demokratischen Sozialismus: Die sozialistische Klassensolidarität wird durch eine kommunitaristische Gemeinschaftsphilosophie substituiert, die soziale und ökologische Krisen und Risiken gleichermaßen zu bewältigen scheint. Theoretische Lücken werden durch das politisch Unbestimmte und begrifflich Weite diskurspolitisch geschlossen, die Utopiefunktion sozialistischer Theorie durch die Moralisierung des Politischen ersetzt. Es wird daher paradoxerweise gleichermaßen einfach und schwierig werden zu bestimmen, inwieweit die politische Theorie des dritten Weges praktisch wird.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit* (1998). SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, Bonn (= Wahlprogramm 1998).
- Beck, Ulrich (1993). Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1994). Renaissance des Politischen – oder Widersprüche des Konservatismus, in: Claus Leggewie (Hg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt, 34–46.
- Beck, Ulrich/Anthony Giddens/Scott Lash (1996). Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1998). Der Dritte Weg ist das Ziel, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.1998.
- Blair, Tony (1997). Meine Vision, Stuttgart. (Orig.: Blair, Tony (1996). New Britain. My Vision of a Young Country, London.)
- Blair, Tony (1999). The Third Way. New Politics for the New Century, London.
- Bobbio, Norberto (1994). Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.
- Bode, Ingo (1999). Der französische Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9, 1037–1042.
- Callinicos, Alex (1999). Social Theory Put to the Test of Politics: Pierre Bourdieu and Anthony Giddens, in: New Left Review, 236, 77–102.
- Cuperus, René/Johannes Kandel (Hg.) (1998). Transformation in Progress. European Social Democracy, Amsterdam.
- Dahrendorf, Ralf (1999). New Labour and Old Liberty – Kommentare zum Dritten Weg, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 160, 14.7.1999. Sowie: The Third Way and Liberty, in: Foreign Affairs, 78 (5), 13–17.
- Denham, Andrew/Mark Garnett (1999). Influence without Responsibility? Think Tanks in Britain, in: Parliamentary Affairs, 52 (1), 46–57.
- Driver, Stephen/Luke Martell (1997). New Labour's communitarianisms, in: Critical Social Policy, 52, 17 (3), 27–46.
- Driver, Stephen/Luke Martell (1998). New Labour. Politics after Thatcherism, Cambridge.
- Dürr, Tobias (1999). Die erfrischende Niederlage der Sozialdemokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7, 775–778.
- Faux, Jeff (1999). Auf dem Dritten Weg in die Sackgasse. Eine Bilanz der Clinton-Jahre, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8, 934–946.
- Fritzsche, Klaus (1996). Sozialismus – Konzeptionen und Perspektiven gesellschaftlicher Egalität, in: Franz Neumann (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien 2, Opladen, 1–74.
- Fukuyama, Francis (1992). Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München.
- Giddens, Anthony (1997). Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt am Main. (Orig. Giddens, Antony (1994). Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics, Cambridge.)
- Giddens, Anthony (1999). Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main. (Orig. Giddens, Anthony (1998). The Third Way. The Renewal of Social Democracy, Cambridge.)
- Glottz, Peter (1992). Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart.
- Görner, Regina (1999). Ein „Dritter Weg“, der seinen Namen nicht verdient, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/8, 470–473.
- Gramsci, Antonio (1994, orig. 1932/35). Gefängnishefte, Band 6, Philosophie der Praxis, Hamburg/Berlin.
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1959). Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei

- Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis zum 15. November 1959 (<http://www.spd.de/partei/grundsatzprogramm/godesberg/>, version current 1.11.1999).
- Grundsatzprogramm* der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1989). Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20.12.1989 in Berlin, in: <http://www.spd.de/partei/grundsatzprogramm/>, version current, 1.11.1999.
- Grundwertekommission* beim Parteivorstand der SPD (1999). Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung, Berlin, in: <http://www.spd.de/politik/erneuerung/grundwerte/>, version current, 1.11.1999.
- Habermas*, Jürgen (1999). Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4, 425–436.
- Hall*, Stuart (1998). The Great Moving Nowhere Show, in: *Marxism Today*, 11/12, 9–14.
- Heywood*, Andrew (1992). Political Ideologies. An Introduction, Houndsmills.
- Hensche*, Detlef (1999). Dritte (Ab-)Wege. Lösung oder Teil des Problems?, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 7/8, 473–479.
- Hobsbawm*, Eric (1998). The Death of Neoliberalism, in: *Marxism Today*, 11/12, 4–8.
- Hofmann*, Gunter (1999). Frei, aber links, in: *Die Zeit*, 23.9.1999.
- Hombach*, Bodo (1998). Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München/Düsseldorf.
- Huster*, Ernst-Ulrich (1978). Die Politik der SPD 1945–1950, Frankfurt am Main/New York.
- Huster*, Ernst-Ulrich (1996). Demokratischer Sozialismus – Theorie und Praxis sozialdemokratischer Politik, in: Franz *Neumann* (Hg.): *Handbuch Politische Theorien und Ideologien* 2, Opladen, 111–160.
- Jones*, Tudor (1989). The Case against Labour's Rethink, in: *Contemporary Record* 3, 2, 6–8.
- Jones*, Tudor (1996). Remaking the Labour Party. From Gaitskell to Blair, London.
- Kallscheuer*, Otto (1995). Hegemonie, in: *Dieter Nohlen* (Hg.): *Lexikon der Politik*, München, 174–180.
- Kitschelt*, Herbert (1992). The Socialist Discourse and Party Strategy in Western European Democracies, in: *Christiane Lemke/Gary Marks* (Hg.): *The Crisis of Socialism in Europe*, Durham/London, 191–227.
- Kleinert*, Hubert/Siegmar *Mosdorf* (1998). Die Renaissance der Politik. Wege ins 21. Jahrhundert, Berlin.
- Klimmt*, Reinhard (1999). Innovation und Gerechtigkeit. Brief an den SPD-Bundesparteivorstand, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9, 1135–1140.
- Krönig*, Jürgen (1999). Zuckerbrot und Peitsche, in: *Die Zeit*, 16.9.1999.
- Labour Party Manifesto* (1997), in: <http://www.labour.org.uk/Ip/new/labour/docs/MANIFESTO/97MANIFESTOPART1.PDF>; <http://www.labour.org.uk/Ip/new/labour/docs/MANIFESTO/97MANIFESTOPART2.PDF>; version current 1.11.1999.
- Lafontaine*, Oskar/Christa *Müller* (1998). Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle, Bonn.
- Lemke*, Christiane/Gary *Marks* (1992). From Decline to Demise? The Fate of Socialism in Europe, in: *Christiane Lemke/Gary Marks* (Hg.): *The Crisis of Socialism in Europe*, Durham/London, 1–20.
- Mandelson*, Peter/Roger *Liddle* (1996). The Blair Revolution. Can New Labour Deliver?, London.
- Markovits*, Andrei S. (1992). The West German Left in a Changing Europe. Between Intellectual Stagnation and Redefining Identity, in: *Christiane Lemke/Gary Marks* (Hg.): *The Crisis of Socialism in Europe*, Durham/London, 171–190.
- Markovits*, Andrei S./Philip S. *Gorski* (1997). Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg.
- Marqusee*, Mike (1997). New Labour and its Discontents, in: *New Left Review*, 224, 127–142.
- Martell*, Luke (1999). Medienshow ohne Substanz? New Labours „Dritter Weg“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7, 848–857.
- Merkel*, Wolfgang (1995). Wohlfahrtsstaat, in: *Dieter Nohlen* (Hg.): *Lexikon der Politik*, München, 696–702.
- Merkel*, Wolfgang (1993). Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, Frankfurt am Main/New York.
- Meyer*, Thomas (1998). Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn.
- Meyer*, Thomas (1999). The Third Way at the Crossroads, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3, 294–304.
- Mikfeld*, Benjamin (1999). Führt der Dritte Weg in ein neues Zeitalter der Sozialdemokratie?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4, 437–445.
- Morgan*, Kenneth O. (1989). Socialism and Social Democracy in the British Labour Party 1945–1989, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XXIX Band, 297–325.
- Moscovici*, Pierre (1999). Schröder, Blair und wir, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 7/8, 411–413.
- Nebelung*, Andreas (1996). Entwicklungstheorien für die „Dritte Welt“. Der langsame Zerfall großer Gewißheiten, in: Franz *Neumann* (Hg.): *Handbuch Politische Theorien und Ideologien* 2, Opladen, 481–520.
- Novak*, Michael (1998). The Crisis of Social Democracy, in: *Is There A Third Way? Essays on the Changing Direction of Socialist Thought, Choice in Welfare* No. 46, 1–22.
- Padgett*, Stephen (1994). The German Social Democratic Party: between old and New Left, in: *David S. Bell/Eric Shaw* (Hg.): *Conflict and Cohesion in Western European Social Democratic Parties*, London.
- Painter*, Chris (1999). Public Service Reform from Thatcher to Blair: A Third Way, in: *Parliamentary Affairs*, 52 (1), 94–112.
- Plehwe*, Dieter/Bernhard *Walpen* (1999). Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin

- Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA, 29 (2), 203–235.
- Ross, Jan (1999). Ein neuer Glaube, in: Die Zeit, 15.7.1999.
- Saage, Richard (1991). Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt.
- Sassoon, Donald (1996). One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, London/New York.
- Schiller, Theo (1995): Sozialismus/Sozialdemokratie, in: Dieter Nohlen (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, 3. überarbeitete Auflage, München, 694–700.
- Schönwälder, Karen (1998). „New Labour – New Britain“. Tony Blairs altes neues Großbritannien, in: Frank Unger/Andreas Wehr/Karen Schönwälder: New Democrats – New Labour – Neue Sozialdemokraten, Berlin, 71–126.
- Schröder, Gerhard/Tony Blair (1999). Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7, 887–896.
- Teló, Mario (1998). Transformation of programmatic profiles, in: René Cuperus/Johannes Kandel (Hg.): Transformation in Progress. European Social Democracy, Amsterdam, 41–48.
- Unger, Frank/Andreas Wehr (1998). Links neu denken, in: Frank Unger/Andreas Wehr/Karen Schönwälder: New Democrats – New Labour – Neue Sozialdemokraten, Berlin, 179–189.
- Tenfelde, Klaus (1996). The European Labour Movement: Decline or Regeneration, in: Contemporary European History, 5 (3), 431–448.
- Wehr, Andreas (1998). „Innovationen für Deutschland“. Die SPD auf dem Weg zurück zur Macht?, in: Frank Unger/Andreas Wehr/Karen Schönwälder: New Democrats – New Labour – Neue Sozialdemokraten, Berlin, 127–177.
- Wolf, Frieder Otto (1999). Das Wunder von Europa läßt noch auf sich warten. Zu Lage und Perspektiven der europäischen Linken nach der neoliberalen Gegenreform, in: PROKLA, 29 (1), 117–144.

AUTOR

Günther SANDNER, geb. 1967, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Salzburg und Berlin. Lektor an den Instituten für Politikwissenschaft und für Pflanzenphysiologie der Universität Salzburg. Im WS 2000/01 Research Fellow am Internationalen Forschungszentrum Kulturwissenschaften (Ifk) in Wien. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökologie, Kulturtheorien, Geschichtspolitik, Sozialdemokratie. Jüngste Publikationen: Die Natur und ihr Gegenteil. Politische Diskurse der sozialdemokratischen Kulturbewegung in Österreich und Deutschland bis 1933/44. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1999. Gemeinsam mit Helga Embacher und Albert Lichtblau (Hg.): Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg. Salzburg/Wien: ResidenzVerlag 1999.

Adresse: Mag.Dr. Günther Sandner, Borromäumstraße 11/18, A-5020 Salzburg, E-mail: guenther.sandner@sbg.ac.at.